

# Quitterer: Europäische Verordnung über Medizinprodukte führt zu Versorgungslücken

Mitte November trafen sich Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, und Ministerialdirektorin Barbara Schretter, Leiterin der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union, in den Räumlichkeiten der Vertretung in Brüssel zu einem gesundheitspolitischen Austausch. Wichtigste Gesprächsthemen waren die Europäische Verordnung über Medizinprodukte (MDR) sowie die zunehmende Expansion telemedizinischer Anbieter und investorengeführter Medizinischer Versorgungszentren in Europa.

Intensiv wurde insbesondere über die Folgen der MDR diskutiert, deren Regelungen in den vergangenen Jahren schrittweise Gültigkeit erlangt haben. Quitterer erläuterte, dass die Verordnung zu hohen Hürden bei der Marktzulassung von medizinischen Produkten geführt habe. Ebenso müssten nun zahlreiche Artikel, die teilweise seit Jahrzehnten erfolgreich im Gebrauch seien, mit hohem Kostenaufwand rezertifiziert werden – beispielsweise bereits erprobte Implantate zur Behandlung komplexer Frakturen. Für manche Unternehmen sei der damit verbundene Aufwand inzwischen zu hoch – sie nähmen ihre Erzeugnisse schrittweise vom Markt. Die Konsequenz: Dramatische Versorgungslücken im europäischen Gesundheitswesen. Quitterer und Schretter waren sich einig, dass es von Seiten der EU schnelle Lösungen für versorgungsrelevante Produkte brauche, deren Herstellung unwirtschaftlich geworden sei. Nach Ansicht von Schretter bewege sich die Europäische Kommission in dieser



Quitterer und Schretter in den Räumlichkeiten der Bayerischen Landesvertretung.

Hinsicht aber bereits in die richtige Richtung. So sei geplant, längere Übergangsfristen und eine Anerkennung bestehender Produkte in der laufenden Anwendung zu ermöglichen.

## Zunehmende Kommerzialisierung der Medizin

Darüber hinaus diskutierten Quitterer und Schretter über die Gefahr einer zunehmenden Kommerzialisierung der Medizin in der Europäischen Union. Bayerns Ärztekammerpräsident erklärte, dass er mit Sorge beobachte, dass der ambulante Bereich in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen Staaten in den vergangenen Jahren verstärkt in den Fokus renditeorientierter Kapitalanleger gerückt sei. „Ärztinnen und Ärzte können in einem schwer lösbaren Zielkonflikt geraten, wenn sie einerseits ihren berufsrechtlichen Pflichten genügen wollen, andererseits aber von ihren Arbeitgebern unter Druck gesetzt werden, ihr ärztliches Handeln nicht mehr primär am Wohl der zu Behandelnden auszurichten, sondern an den Interessen von Investoren“, so Quitterer. Eine marktbeherrschende Stellung investorenbetriebener Medizinischer Versorgungszentren müsse deshalb durch entsprechende gesetzliche Regelungen verhindert werden. Kritisch sehe er auch einige europaweit expandierende telemedizinische Anbieter, welche ausschließlich im virtuellen Raum agierten und sich den Aufbau einer komplett neuen Versorgungsebene zum Ziel gesetzt haben. Als Goldstandard der Arzt-Patienten-Beziehung müssten der persönliche Austausch mit Ärzten und Präsenzuntersuchungen aber unbedingt erhalten bleiben und nicht durch ausschließlich virtuelle Verfahren ersetzt

werden. Quitterer bat Schretter, auf europäischer Ebene einer weiteren Kommerzialisierung der Medizin entgegenzuwirken. Darüber hinaus wurde während des Gesprächs über Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes von sensiblen Patientendaten diskutiert. Schretter stellte außerdem die verschiedenen Aufgaben der Bayerischen Vertretung in Brüssel vor.



Über die Konsequenzen der MDR diskutierte Bayerns Ärztekammerpräsident Mitte November auch mit Freya Lemcke, Bereichsleiterin des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) in Brüssel. Quitterer und Lemcke stimmten überein, dass der hohe Aufwand bei der Rezertifizierung von Medizinprodukten versorgungsrelevante Unternehmen zur Geschäftsaufgabe bringen könnte. Dies müsse möglichst verhindert werden. Außerdem berichtete Lemcke über die verschiedenen Tätigkeiten der DIHK-Vertretung in Brüssel.

werden. Quitterer bat Schretter, auf europäischer Ebene einer weiteren Kommerzialisierung der Medizin entgegenzuwirken.

Darüber hinaus wurde während des Gesprächs über Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes von sensiblen Patientendaten diskutiert. Schretter stellte außerdem die verschiedenen Aufgaben der Bayerischen Vertretung in Brüssel vor.

Florian Wagle (BLÄK)